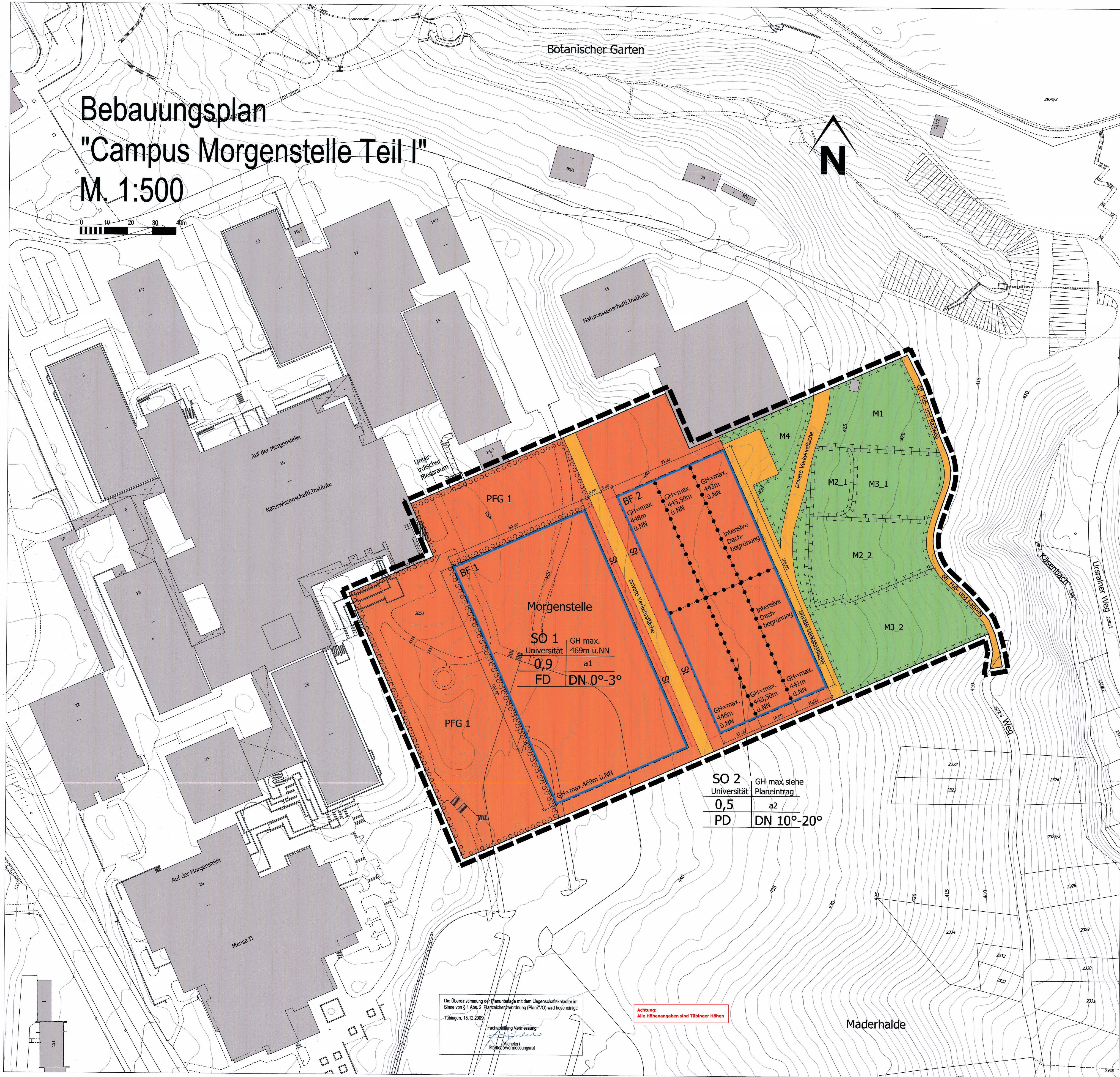


# Bebauungsplan "Campus Morgenstelle Teil I" M. 1:500



Die Übereinstimmung der Planunterlagen mit dem Liegenschaftskataster im Sinne von § 1 Abs. 2 Planrechtsgesetz (PlanZVG) wird bescheinigt:  
Tübingen, 15.12.2009  
Fachbereich Vermessung  
Stabschef Vermessungsamt

Achtung:  
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen

## Zeichenerklärung

**SO** Sondergebiet Universität

Nutzungsschablone	Gebäudehöhe
Grundflächenzahl	Bauweise
Dachform	Dachneigung

- ü NN zulässige Gebäudehöhe oder Geländehöhe in Meter über Meereshöhe
- GH Gebäudehöhe
- a abweichende Bauweise
- FD Flachdach
- PD Puttdach
- DN Dachneigung
- BF Baufenster
- BF Baugrenze
- private Grünfläche
- Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
- Verkehrsfläche, siehe Planeintrag
- Umgrenzung von Flächen für Stellplätze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
- Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften

## Textliche Festsetzungen

Die innerhalb des Geltungsbereichs dieser Bebauungspläne bestehenden bauplanungs- und baurechtsrechtlichen Vorschriften werden durch diesen Bebauungsplan "Campus Morgenstelle, Teil I" überlagert und in dessen Geltungsbereich für unwirksam erklärt. Ausgenommen davon bleibt die Berechnungsmethode der Grundflächenzahl im Bebauungsplan "Morgenstelle nordöstlicher Teil" sowie im Bebauungsplan "Obere Schenkelberg - Morgenstelle". Durch die Überlagerung der bestehenden Bebauungspläne verbleiben sich zwei deren Geltungsbereiche, für die Berechnung der Grundflächenzahl in den überlagerten Bebauungsplänen gilt der jeweilige Geltungsbereich oder umgekehrt anders.

**1. PLANRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**  
Aufgrund von § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) und § 213 BauGB i. d. F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 2316) i. V. m. den §§ 1 ff. der Bauzonenverordnung (BauZVO) i. d. F. vom 23.01.1998 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466) i. V. m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 04.07.2009 (BGBl. I S. 681), ber. S. 689, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.02.2006 (BGBl. I S. 20) werden folgende bauplanungsrechtliche Festsetzungen getroffen:

### 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 9 Abs. 2 BauGB, §§ 1 ff. BauZVO)

- (1) Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird als "Sondergebiet Universität" (SO) und SO 2 ausgewiesen.
- (2) Zulässig sind im Baufenster 1 (BF 1) Institute der Universität und den Instituten der Universität zugeordnete Nebenanlagen, im Baufenster 2 (BF 2) den Instituten der Universität dienende Anlagen, im Baufenster 1 und 2 ist auch die gewerbliche Schenkelung von Dächern zulässig.
- (3) Wohnungen und im Geltungsbereich des Bebauungsplanes unzulässig. Ausnahmen können Wohnungen für Aufstiege und Betriebszwecke zugelassen werden.

### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 9 Abs. 3 BauGB, §§ 16 ff. BauZVO)

- (1) Die Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ) und die max. Gebäudehöhe (GH) in m ü. NN bestimmt. Maßgebend sind die Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes. Beispiele für die GRZ in § 1 und die SO 2 Fläche werden der privaten Vorhabenträger, für die GRZ in § 2 ist die SO 2 Fläche östlich der privaten Vorhabenträger die Baugrenze.
- (2) Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die Überschreitungsmöglichkeit des § 19 Abs. 4 Satz 2 BauZVO nicht anzuwenden.
- (3) Oberer Bezugspunkt für die max. Gebäudehöhe ist bei Flachdächern die Attika (oberste Gebäudekante) und bei Puttdächern der obere Dachabschluss.
- (4) Die max. Gebäudehöhe der Flachdachbauten im Baufenster 1 darf ausnahmsweise mit Solarkollektoren, Aufwindkaminen, Antennen, Schornsteinen und Brüstungsparapeten um max. 1,20 m überschritten werden.

### 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauZVO)

- Ergänzend zum zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes werden folgende Bauweisen festgesetzt:
  - 1. Baufenster 1 (BF 1):
    - Für das Baufenster 1 sind folgende abweichende Bauweise (a1) festgesetzt: Offen, jedoch mit Baukörpern bis max. 55 m.
    - Die seitlichen Abstände zwischen Gebäuden müssen mindestens 4,5 m betragen.
    - Übergangende Verbindungsgänge zwischen Gebäuden sind in den Abständen ausnahmsweise zulässig.

### 4. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauZVO)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Park- und Grünanlagen
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampeanlagen, Stützmauern
  - Fahrradstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5.

### 5. Stellplätze (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, § 12 BauZVO)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Park- und Grünanlagen
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampeanlagen, Stützmauern
  - Fahrradstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5.

### 6. Flächen für Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Park- und Grünanlagen
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampeanlagen, Stützmauern
  - Fahrradstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5.

### 7. Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Park- und Grünanlagen
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampeanlagen, Stützmauern
  - Fahrradstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5.

### 8. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB, § 9 Abs. 1 a BauGB)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Park- und Grünanlagen
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampeanlagen, Stützmauern
  - Fahrradstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5.

### 9. Ordnungswidrigkeiten (§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

- (1) Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen entsprechend dem zeichnerischen Teil bestimmt. Die Baugrenzen besitzen auch unterirdische Wirkung.
- (2) Außerhalb der im Sondergebiet überbaubaren Flächen sind nur zulässig:
  - Park- und Grünanlagen
  - Zufahrten und Wege einschließlich erforderlicher Treppen- und Rampeanlagen, Stützmauern
  - Fahrradstellanlagen gemäß den örtlichen Bauvorschriften Nr. 5.

## Maßnahme 2 (M2\_1 und M2\_2): Gehölzbestände

In der mit M 2.1 gekennzeichneten Fläche ist das Schöne Lärcher-Gebüsch, in der mit M 2.2 gekennzeichneten Fläche ist das Substratgebüsch zu erhalten und über geeignete Pflegemaßnahmen wie der Auslichtung der Unterflur und die Entfernung von Stützspalten weiter zu entwickeln. Pro 100 qm Wieselfläche ist ein Obstbaum alter Sorte neu zu pflanzen.

## Maßnahme 3, 1, 2 und 4: Wieselflächen und Streuobstbestände

Die mit M 3.1, M3\_2 und M 4 gekennzeichneten Wieselflächen und Streuobstbestände sind zu erhalten und über geeignete Pflegemaßnahmen wie der einmaligen Entfernung von Pflanzspalten und Gebüschwuchs und einer jährlichen Mahd und Beweidung über drei Jahre hinweg weiter zu entwickeln. Pro 100 qm Wieselfläche ist ein Obstbaum alter Sorte neu zu pflanzen.

## 9. Emissionschutz (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

- (1) Gebäudeschutz im Baufenster 2 mit Ausrichtung zum Kletterbaum ist an den Fassaden- und Dachflächen, von denen in den Nachtstunden eine Blendwirkung auf das Kletterbaum ausgeht kann, mit entsprechenden Schutzmaßnahmen wie Jalousien, Rollläden, Verkleidungsgeräten o.ä. zu versehen.
- (2) Bei Glasdächern und Glasfassaden im Baufenster 2 darf die Lichtemission durch bauliche Anlagen in der Regel im Mittel 16 Süd-/Tag nicht überschreiten.

## 10. Pflanzgebot (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

- (1) Mindestens 10% der mit PFG 1 gekennzeichneten Fläche sind als Pflanzfläche anzulegen und dauerhaft zu pflegen und zu unterhalten. Dabei gilt als Umrechnungsfaktor bei Bauplanungen auf einer Pflanzfläche für einen großformatigen Baum ein Flächenanteil von 300 qm.

## 11. Ordnungswidrigkeiten (§ 213 BauGB)

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer einer in einem Bebauungsplan nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe b BauGB festgesetzten Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gärten durch Zuwiderhandeln, dass diese benötigt, wesentlich beeinträchtigt oder zerstört werden.

## II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

Aufgrund § 74 und § 75 der Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg i. d. F. vom 06.06.1995 (BGBl. I S. 617), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25.04.2007 (BGBl. I S. 2521) i. V. m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2009 (BGBl. I S. 581, ber. S. 689), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.02.2006 (BGBl. I S. 20) werden folgende örtliche Bauvorschriften zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellt:

### 1. Dachgestaltung

- (1) Für die Dachformen und die Dachneigung sind die Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes maßgebend. Im Baufenster 2 sind neben den nach Nr. 6 der planungsrechtlichen Festsetzungen festgesetzten Grundformen auch Glasdächer zulässig.
- (2) Im Baufenster 2 sind die den Institut dienenden Anlagen mit einem dem natürlichen Hang folgenden Dachneigung auszuführen. Es sind auch Flachdächer in Teilbereichen zulässig, wenn diese entsprechend dem nachfolgenden Schemastrich ausgeführt werden. Dachaufbauten, die die maximale Gebäudehöhe überschreiten, sind im Baufenster 2 unzulässig.

### 2. Fassadengestaltung

- (1) Giebel- und flügelstehende Materialien und Farben dürfen nicht verwendet werden.
- (2) Im Baufenster 2 sind Anlagen mit den gleichen baulichen Merkmalen hinsichtlich Gestaltung, Material und Farbe auszuführen.
- (3) Großflächige Reflektionen sind mit Ausnahme von Fensterflächen unzulässig.

### 3. Nicht überbaubare Grundstücksflächen

- (1) Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht als private Grünfläche, Stellplatzfläche oder mit einem Pflanzgebot ausgewiesen sind oder mit Anlagen nach Nr. 4 (2) der planungsrechtlichen Festsetzungen belegt sind, sind als Wieselflächen anzulegen und dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Pro 500 qm Fläche ist ein großformatiger standortgerechter Baum, heimischer Art zu pflanzen und dauerhaft zu pflegen und zu erhalten.

### 4. Werbeanlagen

- (1) Werbeanlagen sind auf Dächern und an Fassaden unzulässig.
- (2) Anlagen und Einrichtungen, deren Zweckbestimmung im Anschlag von Plakaten und anderen werblichen Anschlägen liegt, sind nicht zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden, z.B. für Lichtboxen auf dem südöstlichen Gelände nicht dagegen sprechen.

### 5. Notwendige Fahrradabstellanlagen

- (1) Notwendige Fahrradabstellanlagen sind herzustellen. Je 10 Studierende/Beschäftigte sind 1,5 Fahrradabstellplätze vorzusehen.

### 6. Stellplätze

- (1) Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen, z.B.: Flugsplittstein, wasserdurchlässigen Betonsteinen, Rasengittersteinen, Schottersteinen, Mineralbeton etc. herzustellen.
- (2) Mindestens alle fünf Stellplätze ist ein standortgerechter, schattenspendender Baum heimischer Art zu pflanzen. Die Bäume sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Die Pflanzquartiere sind offen anzulegen und müssen eine Mindestgröße von 12 m<sup>2</sup> aufweisen.

### 7. Einfriedungen

- (1) Einfriedungen sind nicht zulässig. Ausgenommen sind Einfriedungen zum Schutz sicherheitsrelevanter Anlagen wie insbesondere Gas- und Ölkraft- oder Hubanlagen sowie Einfriedungen von Lagerflächen gemäß Nr. 6 der örtlichen Bauvorschriften.

### 8. Aufschüttungen, Abgrabungen, Lagerflächen

- (1) Aufschüttungen sind nur insoweit zulässig, als sie der Anpassung an bauliche Anlagen dienen.
- (2) Aufschüttungen und Abgrabungen sind innerhalb der privaten Grünfläche nur insoweit zulässig, als sie der Anpassung an die Verkehrsflächen dienen.
- (3) Lagerflächen über 50 qm sind an den Seiten, die nicht von Gebäuden umschlossen sind, mit mindestens 1,50 m hohen Hecken aus standortgerechten Gehölzen heimischer Arten einzusäumen. Belagend zu den Heckenpflanzungen sind Zäune zulässig.

### 9. Ordnungswidrigkeiten (§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer örtlichen Bauvorschrift zuwiderhandelt.

## III. HINWEISE

### 1. Denkmalschutz

Sollten im Zuge von Erdarbeiten archäologische Funde (Scherben, Metallteile, Knochen) oder Befunde (Mauern, Zäune, Gruben, Brandstellen) zutage treten, ist die Archäologische Denkmalpflege beim Regierungspräsidium Tübingen unverzüglich zu benachrichtigen. Die Möglichkeit zur Fundbergung und Dokumentation ist einzuräumen (§ 20 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg - DSGD).

### 2. Energiestandard

Angefordert wird, den EnEV-Standard zu unterschreiten. Die Gebäude werden an das bestehende Fernheizsystem angeschlossen.

### 3. Feuerwehr

Eine Zufahrt an die Gebäude mit Feuerwehrbereitschaften und Feuerwehrzufahrtsflächen muss sichergestellt sein. Die Zufahrt hat nach der VwV-Feuerwehrflächen zu erfolgen.

### 4. Löschwasserversorgung

Die Löschwasserversorgung muss sichergestellt sein.

### 5. Altlasten

Sollten im Zuge von Erdarbeiten Altlasten angetroffen werden, sind diese fachgerecht zu behandeln und ggf. zu entsorgen.

### 6. Externe Ausgleichsmaßnahme (vgl. Anlage 6 des Umweltverträglichkeitsverfahrens)

Maßnahme 5: Neuschaffung von Streuobstwiesen  
Innerhalb der in der Anlage 6 des Umweltverträglichkeitsverfahrens Fläche M5 auf dem Grundstück Nr. 3053 ist die vorhandene Zweigertgraben in eine Streuobstwiese zurückzuführen. Dazu sind folgende Einzelmaßnahmen zu ergreifen:

## Maßnahme 6: Aufwertung vorhandener Streuobstwiesen

Innerhalb der in der Anlage 6 des Umweltverträglichkeitsverfahrens Fläche M6 auf dem Grundstück Nr. 3053 sind die vorhandenen Streuobstwiesen aufzuwerten. Dazu sind folgende Einzelmaßnahmen zu ergreifen: Entfernung von standortfremden Gehölzen sowie von flächigen Brombeergerüsten; einseitiges Auslichten und Erhalten bei Erhalt einzelner Streuobstbäume als zusätzliche Strukturveranker; Schnittmaßnahmen am Altbaubestand zur Erhaltung und Sicherung des vorhandenen Baumbestands bei weitestgehender Erhaltung von nicht sicherheitsgefährdendem Totholz; Neupflanzung und Pflege von zusätzlich 30 Obstbäumen; regelmäßige einmalige jährliche Mahd über mindestens drei Jahre hinweg mit Ankersport des Mahdguts sowie eine dauerhafte Einfriedung. Außerdem werden Holzstapelplätze für Holz und Füllmaterial angedacht.

## Maßnahme 7: Aufwertung von Trockenmauern

Südlich und östlich des Viehwegs auf dem Grundstück 3053 sind die vorhandenen Trockenmauern im Bereich der in der Anlage 6 des Umweltverträglichkeitsverfahrens Fläche M7 auszusorgen und je nach Erfordernis im Teilbereich auch neu aufzubauen. Der Umfang der Maßnahme richtet sich nach dem dafür im Umweltbericht genannten Kostenrahmen.

## 7. Bauelementregelung

Die vom "Institut für Umweltdaten" genannten zeitlichen Einschränkungen der Baumaßnahmen im Sinne des Antriebs sind zu beachten.

## VERFAHRENSVERMERKE

für B-Plan und örtliche Bauvorschriften

## AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 21.07.2009 beschlossen, den Bebauungsplan "Campus Morgenstelle, Teil I" mit örtlichen Bauvorschriften nach § 9 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 Abs. 1 BauZVO aufzustellen und ein förmliches Bebauungsverfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauZVO durchzuführen. Der Aufstellungsbeschluss und das förmliche Bebauungsverfahren für die Öffentlichkeit werden am 09.08.2009 öffentlich bekanntgemacht.

## FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Planaufrufe in der Zeit vom 11.08.2008 bis einschließlich 12.09.2008. Dabei wurde Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung gegeben.

## BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 4 Abs. 1 BauGB am 06.08.2008 frühzeitig beteiligt.

## AUSLEBENSBERECHNUNG

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften wurden im Planungsausschuss des Gemeinderats der Universitätsstadt Tübingen am 12.01.2009 als Entwurf gebilligt. Gleichzeitig wurde die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

## ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Entwurf des Bebauungsplanes bestehend aus zeichnerischem Teil und planungsrechtlichen Festsetzungen und der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften wurden mit Begründung und Umweltbericht in der Fassung vom 08.12.2008 und den wesentlichen, bereits vorliegenden Umweltverträglichkeitsstudien (Umweltbericht mit Grundsatzentscheidungen) nach § 3 Abs. 2 BauGB nach vorheriger öffentlicher Bekanntmachung am 17.01.2009 von 26.01.2009 bis einschließlich 27.01.2009 öffentlich ausgestellt.

## BETEILIGUNG DER BEHÖRDEN UND SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 4 Abs. 2 BauGB am 13.01.2009 beteiligt.

## BEHANDLUNG DER STELLUNGNAHMEN

Die zum Entwurf des Bebauungsplanes und zum Entwurf der örtlichen Bauvorschriften eingegangenen Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB wurden im Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am 20.07.2009 behandelt.

## SATZUNGSBESCHLÜSSE

Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 20.07.2009 den Bebauungsplan nach § 10 BauGB und § 4 Gemeindeordnung (GemO) als Satzung beschlossen. Maßgebend sind der zeichnerische Teil mit planungsrechtlichen Festsetzungen, die Begründung und der Umweltbericht in der Fassung vom 08.12.2008.

## Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am 20.07.2009 die örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 08.12.2008 nach § 14 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO) und § 4 GemO als Satzung beschlossen.

Die ordnungsgemäße Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bestätigt:  
Tübingen, den 21.07.2009

Bürgermeister  
in Vertretung

Bürgermeister  
in Vertretung

## AUSFERTIGUNG

Tübingen, den 21.07.2009

Bürgermeister  
in Vertretung

Bürgermeister  
in Vertretung

## INKRAFTTRETEN

Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes und der Satzungsbeschluss über die örtlichen Bauvorschriften werden nach § 10 Abs. 3 BauGB am 13.12.2009 öffentlich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung werden der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften rechtsverbindlich.

Tübingen, 21.12.2009

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften

Fachbereich Planen  
Entwickeln Liegenschaften